

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln am 16.09.2025.

Sitzungsort: im Forum des Rupert-Neudeck-Gymnasiums, St. Amand-Montrond-Str. 1, 48301 Nottuln
 Beginn: 19:00 Uhr
 Ende: 20:37 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Dr. Dietmar Thönnies

Ratsmitglieder

Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen
Wolfgang Danziger	SPD
Dr. Susanne Diekmann	Bündnis 90/Die Grünen
Manfred Gausebeck	SPD
Stephan Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Martin Geuking	FDP
Norbert Gosekuhl	CDU
Margarete Große Wiesmann	CDU
Peter Holtrup	SPD
Thomas Hülsken	CDU
Sandra Johann	Bündnis 90/Die Grünen
Brigitte Kleinschmidt	parteilos
Paul Leufke	CDU
Dirk Mannwald	CDU
Richard Mannwald	Bündnis 90/Die Grünen
Heinz Mentrup	CDU
Dr. Andrea Quadts-Hallmann	CDU

Hartmut Rulle	CDU
Arnd Rutenbeck	CDU
Dr. Matthias Schiewerling	CDU
Dr. Matthias Schliermann	Bündnis 90/Die Grünen
Martin Seifert	CDU
Morten Steimann	CDU
Susanne Strätker	CDU
Marco Upmann	CDU
Jan Van de Vyle	UBG
Helmut Walter	FDP

Von der Verwaltung

Dominik Bomholt
Patrick Hartz
Stefan Kohaus

Schriftführung

Anne Pläß

In der heutigen Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

2 Mitteilungen

Der Bürgermeister weist zu Beginn der Sitzung auf die konstituierende Sitzung des neuen Rates hin, in der die scheidenden Ratsmitglieder sowie die Teilhabebeauftragte verabschiedet würden.

Im Anschluss daran nimmt Herr Kohaus kurz Bezug auf einen in der Tageszeitung veröffentlichten Artikel bezüglich des Urteils über den Bebauungsplan „Südlich Lerchenhain“. Er könne diesbezüglich nicht viel Neues berichten, da der aktuelle Stand bekannt sein solle. Nun würde die Verwaltung schnell mit dem Heilungsverfahren starten und eine neue Offenlegung als Geschäft der laufenden Verwaltung vornehmen.

Darüber hinaus weist Herr Kohaus auf eine Mitteilung der Kreispolizeibehörde hin, wonach die Parteien darüber informiert werden sollten, dass keine Wahlplakate an Verkehrszeichen angebracht werden dürften.

Der Bürgermeister verliest anschließend die seit der letzten Ratssitzung eingegangenen Anregungen.

3 Angelegenheiten des Rates und seiner Ausschüsse

3.1 Umbesetzung in den Ausschüssen: Antrag der SPD-Fraktion Vorlage: 120/2025

Herr Rutenbeck bittet um Erläuterung, warum ein Antrag auf Umbesetzung gestellt wird, obwohl es sich um die letzte Ratssitzung in dieser Periode handle und auch keine Ausschusssitzungen in bisheriger Besetzung mehr stattfinden würden. Herr Danziger erklärt, dass die Genossin gerne an einem in Kürze geplanten Workshop über Schapdetten teilnehmen wolle.

Beschluss:

Umbesetzung der Ausschüsse:

- Planen und Bauen
Frau Mariola Bartosik wird als stellv. Sachkundige Bürgerin benannt.
- Umwelt und Mobilität
Frau Mariola Bartosik wird als Sachkundige Bürgerin benannt.
Die Benennung von Herrn Flynn Herbst wird aufgehoben.

Abstimmergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**3.2 Sondersatzung zur Abrechnung der LED-Straßenbeleuchtung in der
Gemeinde Nottuln
Vorlage: 121/2025**

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Sondersatzung wird beschlossen.

Abstimmergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

4 Angelegenheiten des Ausschusses für Planen und Bauen

**4.1 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 55 „Erweiterung Schul-, Sport- und
Erholungszentrum „im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
Hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB**

Vorlage: 105/2025

Herr Gausebeck äußert Kritik bezüglich der verkehrlichen Anbindung der Reisemobilstellplätze in der Nähe von Schulen und Kindergärten. Zudem stellt er sich die Frage, ob Gutachten eingeholt werden müssten, inwieweit in die Grünfläche eingegriffen werden dürfe. Ein weiterer fraglicher Aspekt seien die Kosten. Bezüglich letzterem verweist der Bürgermeister auf die entsprechende Diskussion im Ausschuss.

Beschluss:

Ein Verfahren zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 55 „Erweiterung Schul-, Sport- und Erholungszentrum“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB für den in Anlage 1 abgegrenzten Geltungsbereich wird eingeleitet. (Hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB)

Abstimmergebnis:

Ja 24 Nein 4 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

**4.2 Anregung gem. § 24 GO NRW - Aufstellung eines Bebauungsplanes im Bereich des B-Plans Nr. 8 „Schul-, Sport- und Erholungszentrum“ und dem B-Plan Nr. 33 "1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8" im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB.
Vorlage: 107/2025**

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

1. Ein Verfahren zur Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 8 „Schul-, Sport- und Erholungszentrum“ und des Bebauungsplanes Nr. 33 „Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 „Schul-, Sport- und Erholungszentrum““ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB für den im Anhang auf S. 5 abgegrenzten Geltungsbereich wird eingeleitet. (Hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB)
2. Der Erbpachtvertrag wird statt der derzeitigen 50 Jahre, auf 99 Jahre Gesamtlaufzeit verlängert, um so die Finanzierung der Investitionen zu gewährleisten.

Abstimmergebnis:

Ja 0 Nein 28 Enthaltung 0

einstimmig abgelehnt

5 Angelegenheiten des Ausschusses für Kultur, Sport und Ehrenamt
--

5.1 Kulturförderung und Brauchtumspflege im Rahmen der Projektförderung Vorlage: 106/2025

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Frau Kleinschmidt nimmt als Vereinsmitglied von Blues in Nottuln e. V. aus Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

Beschluss:

Die vom Kulturbeirat empfohlenen Beschlüsse werden umgesetzt.

Abstimmergebnis:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5.2 Baumberger Tennis-Verein Nottuln e.V. - Antrag auf Bezuschussung der Kernsanierung der Ascheplätze 7 und 8 Vorlage: 101/2025
--

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Die Beratung über den Antrag des BTV auf Bezuschussung der Kernsanierung der Ascheplätze 7 und 8 wird in die Haushaltsberatungen für 2026 vertagt. Der Antrag wird wohlwollend begleitet.

Abstimmergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

6 Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt und Mobilität

6.1 Neukonzeptionierung Dülmener Straße Vorlage: 162/2024/1

Herr Gausebeck betont, dass die SPD-Fraktion entgegen der Äußerungen im Polit-Café keine Bäume entfernen lassen wolle, um so die erforderliche Breite für die Straßenerneuerungen zu schaffen. Er stellt klar, dass die Aussagen der SPD-Fraktion aus dem Kontext gerissen wurden und bei einer Abwägung zwischen der Sicherheit der Radfahrer und dem Erhalt der Bäume, die Sicherheit der Radfahrer im Vordergrund stände.

Darüber hinaus regt er aufgrund der Aufhebung der Benutzungspflicht des Radweges an, die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h von temporär auf durchgängig auszuweiten oder den Radweg zu erneuern.

Herr Dammann macht deutlich, dass die Entfernung der Bäume für die Grünen keine Option sei. Der richtige Weg wäre, die Geschwindigkeitsbegrenzung entsprechend anzupassen.

Beschluss:

1. Die Überplanung der Dülmener Str. wird aufgrund der sehr einschränkenden naturschutzrechtlichen Belange nicht weiterverfolgt.
2. Für das Haushaltjahr 2026 werden 60.000 € für Reparaturarbeiten am vorhandenen Radweg angemeldet.

Abstimmergebnis:

Ja 23 Nein 3 Enthaltung 2

mehrheitlich angenommen

6.2 Hochwasserschutz Appelhülsen Renaturierung Stever Vorlage: 009/2023/1

Herr Rulle befürchtet, dass die bisher vorgesehenen Finanzmittel nicht ausreichen würden und sucht nach einer Lösung die im Haushalt 2026 eingeplanten Mittel i. H. v. 2.200.000 € voll ausschöpfen zu können.

Herr Kohaus schlägt eine Beschlussergänzung bezüglich einer entsprechenden Kostenobergrenze vor.

Herr Gausebeck äußert Bedenken, bereits im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen Mittel in diesem Ausmaß fest zu binden. Der Bürgermeister macht deutlich, dass es sich bei dem Beschluss lediglich um die Festlegung einer Kostenobergrenze handle.

Auch die UBG-Fraktion stimmt der Kostenobergrenze zu. Herr Van de Vyle bittet allerdings darum, bei folgenden Projekten dieser Größenordnung und Wichtigkeit einen Leistungskatalog zu präsentieren.

Beschluss:

1. Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Nottuln und dem Kreis Coesfeld zur Renaturierung der Stever wird zugestimmt.
2. Dem Durchführungsvertrag zwischen der Gemeinde Nottuln, dem Kreis Coesfeld und der WBC zur Renaturierung der Stever wird zugestimmt.
3. Stellt sich im laufenden Verfahren heraus, dass die vertraglich vereinbarte Obergrenze der Baukosten i. H. v. 1.500.000 € (netto) für einen effektiven Hochwasserschutz in Appelhülsen nicht ausreicht, soll bei gleichzeitiger Bereitstellung von Finanz- und Fördermitteln bis zu einer Kostenobergrenze i. H. v. 2.200.000 € (brutto) eine Vertragserweiterung erwirkt werden.

Abstimmergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

6.3 Kommunale Wärmeplanung für die Gemeinde Nottuln, hier: Abschlusspräsentation & Beschlussfassung Vorlage: 050/2024/1

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Der von der Verwaltung erarbeitete erste kommunale Wärmeplan der Gemeinde Nottuln wird beschlossen, vorbehaltlich notwendiger Einzelbeschlüsse. Die Verwaltung wird damit beauftragt, notwendige Schritte und in ihrer Zuständigkeit liegende Maßnahmen zur Umsetzung des Wärmeplans voranzutreiben und ihn als strategische Planungsgrundlage für eine treibhausgasneutrale, kosteneffiziente, nachhaltige Wärmeversorgung bis spätestens 2045 bei allen relevanten Prozessen und Entscheidungen zu berücksichtigen.

Abstimmergebnis:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1

einstimmig angenommen

6.4 Bürgeranregung: Fuß-/Radweg an der K12 Vorlage: 014/2020/4
--

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Kreis bei der nächsten Priorisierung zu bitten, den Bau eines Fuß-/Radwegs entlang der K12 vom Landgasthof Graes bis zur Gemeindegrenze ins Kreis-Bauprogramm aufzunehmen. Die Gemeinde verpflichtet sich, den Eigenanteil zu tragen.

Abstimmergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

- 6.5 barrierefreie Umrüstung der Ampelanlagen entlang der K18, Knotenpunkte:**
- **Dülmener Str./Potthof, Daruper Str.**
- **Daruper Str. / Niederstockumer Weg / Schlaunstraße**
- **Daruper Str. / Oberstockumer Weg / Heriburgstraße**
- **Daruper Str. / Rhodepark**
Vorlage: 043/2024/1

Beschluss:

Die Ampelanlagen und Querungen der vier Knotenpunkte Dülmener Str., Niederstockumer Weg, Oberstockumer Weg, Rhodepark werden mit taktilen Elementen und Tonsignalen barrierefrei umgebaut.

Für den Haushalt 2026 werden zusätzlich 25.400 € für den Eigenanteil vorgesehen.

Abstimmergebnis:

Ja 27 Nein 1 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

- 6.6 ÖPNV: Kosten 2024, Kostenprognose 2025ff.**
Vorlage: 117/2025

Eine Aussprache erfolgt nicht.

- 6.7 Entsiegelungsmaßnahmen und Pflege der entstehenden Grünflächen –
Finanzierung durch freiwillige Zahlungen von Windkraftbetreiber: innen im
Rahmen des § 6 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)**
Vorlage: 115/2025

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt geeignete Flächen, für die eine Versiegelung nicht erforderlich ist, im Rahmen ihrer Möglichkeiten in Grünflächen umzuwandeln. Für die Entsiegelung und ggf. die anschließende Pflege soll zunächst ein Betrag von 20.000 € der freiwilligen Zahlungen der Windkraftbetreiber: innen im Rahmen des § 6 EEG eingesetzt werden.

Abstimmergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

6.8 Umsetzung des „Pollererlasses“ Vorlage: 087/2025
--

Herr Dr. Geuking ist überrascht über die Beanstandung des Ratsbeschlusses. Er unterstreicht, dass es nicht darum ginge, ob der Erlass umgesetzt würde, sondern wie. Eine radikale Entfernung der Poller sei nicht vernünftig und gefährde die Sicherheit der Radfahrer und Fußgänger.

Herr Danziger führt aus, dass der Rat diesen Beschluss nicht zu fassen habe. Es sei eine Angelegenheit der Verwaltung, den Erlass umzusetzen. Dem stimmt Frau Quadts-Hallmann zu.

Der Bürgermeister schlägt daher eine entsprechende Beschlussänderung vor.

Herr Dr. Geuking äußert Bedenken, sofern die Verwaltung den Erlass in vollem Umfang umsetzen würde und bittet um eine weitere Ergänzung dahingehend, dass in den Wohngebieten die Standorte überprüft werden.

Diese Einschränkung wird nicht in die Beschlussänderung aufgenommen, da es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle.

Beschluss:

1. Der Ausschuss/Rat nimmt den Erlass des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW zur Kenntnis (Anlage 1) und verweist die Umsetzung in das laufende Geschäft der Verwaltung.

Abstimmergebnis:

Ja 27 Nein 1 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

7	Angelegenheiten des Haupt- und Finanzausschusses
----------	---

7.1	Aufstellung von Hundekotbeutelständern im Gemeindegebiet Vorlage: 091/2025
------------	---

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Auf die Aufstellung von Hundekotbeutelständern wird verzichtet.

Die Hundehalter:innen werden über Social Media nochmals auf die Problematik des Hundekots und auf das Mitführen von „eigenen Mülltüten“ hingewiesen.

Abstimmergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

7.2	Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW - Friedensinitiative Nottuln e.V. - Informationen über den Schutz der Bevölkerung in Folge des Klimawandels und des Kriegsfalls Vorlage: 094/2025
------------	---

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

7.3 Verwaltungsfinanzbericht per 30.06.2025 Vorlage: 103/2025

Herr Danziger gibt zu Protokoll, dass er zu den Inhalten des vorgelegten Finanzberichtes Anmerkungen habe, diese aber im Rahmen des nächsten Verwaltungsfinanzberichts per 30.09.2025 im Haupt- und Finanzausschuss der nächsten Sitzungsfolge anbringen wolle.

Beschluss:

Der Verwaltungsfinanzbericht per 30.06.2025 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

7.4 Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabchlusses der Gemeinde Nottuln für das Jahr 2025 Vorlage: 111/2025

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Für die Gemeinde Nottuln liegen die Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabchlusses 2025 nach § 50 KomHVO NRW i. V. m. § 116 a (1) GO NRW vor. Es wird beschlossen, von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung des Gesamtabchlusses für das Jahr 2025 Gebrauch zu machen.

Abstimmergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**7.5 Änderung der Gesellschaftsverträge der Gewerbe- und Industrieförderungsgesellschaft der Gemeinde Nottuln mbH, der Genossenschaft Lerchenhorst eG, der Projektentwicklungsgesellschaft Wohnpark Südlich Lerchenhain mbH & Co. KG und der Projektentwicklung
Vorlage: 122/2025**

Herr Danziger äußert Bedenken anlässlich der vorliegenden Beschlussvorlage. Es habe geheißen, es gäbe nur kleine Änderungen in Bezug auf die Gebietserweiterung der Genossenschaft. Nun stelle er fest, dass es mehrere gravierende Änderungen gäbe. Unter anderem seien die Mieter nicht mehr als Genossen gewollt und dem Rat würden Informationen vorenthalten. Die Mieter als Genossen zu beteiligen und als Rat beteiligt zu sein, sei der SPD allerdings sehr wichtig, um weiterhin an der Genossenschaft festzuhalten. Dem bestehenden Beschlussvorschlag könne er daher nicht zustimmen.

Herr Rulle führt aus, dass er dem Vorwurf, Informationen werden vorgehalten, nicht folgen kann. Herr Kohaus habe darüber hinaus nicht nur die Lerchenhorst eG auf die offenen Fragen überprüft, sondern auch die weiteren Beteiligungen der Gemeinde Nottuln. Die CDU unterstütze den Beschlussvorschlag und nehme das Angebot gerne an, im neuen Rat über weitere inhaltliche Themen – wie z. B. die Besetzung – zu diskutieren.

Herr Dammann trägt vor, dass es gut sei, die Genossenschaft zu haben und dadurch bezahlbaren Wohnungsbau zu ermöglichen. Er weist darauf hin, dass die Satzung in den in Rede stehenden Teilen je Projekt angepasst werden könne.

Herr Gausebeck macht nochmal deutlich, dass die SPD an der Fortführung der Genossenschaft interessiert sei. Er habe aber Bedenken, der Satzungsänderung zuzustimmen, da die Darstellung zu unübersichtlich und lückenhaft sei.

Herr Van de Vyle trägt den Beschlussvorschlag der Verwaltung ebenfalls nicht mit. Der Rat müsse grds. über Satzungsänderungen der Genossenschaft informiert werden. Zusätzlich bittet er um Erläuterung, wie die Aussage in der Vorlage aufzufassen sei, dass das Vorgehen mit der Kommunalaufsicht abgestimmt sei. Die Beantwortung der Frage wird zunächst bis zum Ende der Diskussion zurückgestellt.

Herr Rutenbeck erläutert die Historie der Genossenschaft, vor allem in Bezug auf die jeweilige Beteiligung der Ausschüsse und des Rates und betont in diesem Rahmen, dass die nun vollzogenen Satzungsänderungen im Einklang mit den zuvor – z. T. einstimmig – gefassten Beschlüssen des Rates stehen.

Abschließend macht Herr Kohaus deutlich, dass die Mieter nach wie vor als Genossen beteiligt würden und nimmt kurz zu der von der SPD kritisierten Synopse Stellung. Darüber hinaus geht Herr Kohaus auf die vorangegangene Frage von Herrn Van de Vyle bzgl. der Kommunalaufsicht ein. Er habe die Kommunalaufsicht informiert, dass der Rat vor der Satzungsänderung nicht beteiligt wurde und man dies in Ermangelung an gesetzlichen Regelungen freiwillig nachholen wolle. Dem habe die Kommunalaufsicht zugestimmt.

Beschluss:

1. Der in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage dargestellten Änderung des Gesellschaftsvertrages der Gewerbe- und Industrieförderungsgesellschaft der Gemeinde Nottuln mbH wird zugestimmt.
2. Der in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage dargestellten Änderung der Satzung der Genossenschaft Lerchenhorst eG wird zugestimmt.
3. Der in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage dargestellten Änderung des Gesellschaftsvertrages der Projektentwicklungsgesellschaft Wohnpark Südlich Lerchenhain mbH & Co. KG wird zugestimmt.
4. Der in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage dargestellten Änderung des Gesellschaftsvertrages der Projektentwicklungsgesellschaft Wohnpark Südlich Lerchenhain Verwaltungs mbH wird zugestimmt.

Abstimmergebnis:

Ja 24 Nein 4 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

8 Verschiedenes

Herr Van de Vyle begrüßt die im Beisenbusch geplante Wasserstofftankstelle. Weist jedoch darauf hin, dass bei weitreichenden Entscheidungen in dieser Sache der Rat beteiligt werden müsse. Der Bürgermeister fügt ergänzend hinzu, dass zunächst im Rahmen des Geschäfts der laufenden Verwaltung erste Gespräche geführt würden, welche Gewerbetreibenden Interesse an wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen hätten. Ergäbe sich aus den Gesprächen dann eine positive Perspektive, würde in die politische Beratung eingestiegen.

Dr. Dietmar Thönnies
Vorsitzender

Anne Plaß
Schriftführerin